

Verantwortl. Redakteur: H. O. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: H. Gröbmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Kleinen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Sonntag, 17. Juli 1897.

Anzeige von Anzeigen: Stettin 10 und Kirchplatz 3.

Eine bemerkenswerthe Rede

hat der neu ernannte Professor der Nationalökonomie an der Berliner Universität, Amtsgerichtsrath Dr. Reinhold, bei einer ihm zu Ehren in Wiesbaden veranstalteten Abschiedsfeier gehalten, in welcher er seine politischen Ansichten entwickelt und besonders hervorgehoben hat, daß die Bemühung aller Patrioten heute darauf gerichtet sein soll, der völkisch-theokratischen Vorherrschaft des Sozialismus entgegenzutreten. Aber sowohl diese Bemühung wie jede sonstige Bekämpfung der sozialistischen Bewegung wird erschwert oder vielleicht ganz vereitelt durch die Verleumdung, mit welcher das soziale Problem und die allgemeine Politik von der gegenwärtigen Regierung behandelt wird. In Deutschland sind unter der Herrschaft einer das natürliche Recht eines freien Volkes verletzenden Politik neuerdings die Zustände zu einer Ungeheuerlichkeit geworden, die ernstliche Besorgnisse für die Zukunft eines Volkes und Staates erregt, welche an starker Kraft alle anderen politischen Gebilde übersteigen. An der prinzipiell guten und volkfreundlichen Absicht des bürgerlichen Regimentsapparates kann mit Grund nicht gezweifelt werden. Aber das Element von bedrohender Misere, von diesem befehligen Lieberhebung und bedauerlicher Unterdrückung überwiegt für die volkswirtschaftliche Empfindung allmählich so sehr die Verdienste und den guten Willen der Regierenden, daß letztere beginnen, nun mehr als Machthaber zu erscheinen und allgemein verachtet zu werden. Die Vererbung der erreichten Wohlstands- und Bildungsniveaus unserer Zeit und die Vererbung der Ehrung, die in der Gewährung formaler und persönlicher Freiheit liegt, bringt allmählich ein zwar geduldetes, aber im Gefühl seines Rechtes und seiner Würde erstarrtes Volk in eine wachsende Empörung und Entgegensetzung gegen die sonst geschäftlich bewährten Staatseinrichtungen. Es ist so weit gekommen, daß ungefähr Alles im Lande jetzt in der Opposition ist. So wird auf einem ganz unerwarteten Wege die Gefahr wirklich heraufbeschworen, die sonst nirgends besteht, die gesellschaftliche Vererbung des Staatswillens. Man regiert nicht ungefragt mit innerlicher Schwäche und äußerem Schwallen, mit bekümmelter Neigung aller Volksschichten. Die nächsten allgemeinen Wahlen werden in Deutschland einen ungewohnten Zug von Sinnlichkeit in einem Gedanken ergeben: die erklärte Frontstellung eines verärgerten Volkes gegen die Regierungsgewalt. Das besonders Bedenkliche in dieser Erscheinung ist, daß die Regierung einem gleichmäßigen Widerstand begegnet, sowohl mit der beliebigen Verkleinerung der formalen Freiheit wie mit der wohlgemeinten Begleitung durch bureaukratische-vormundschafliche Fürsorge. Welches wird von der reifen Nation mit steigendem Unmuth abgelehnt. Man ist der Staatsbeimischung in alle Gebiete allmählich müde geworden. . . .

Man würde die Sozialdemokratie in demselben Augenblick los sein, wo man sie völlig ignorierte. Diese impotente Bewegung, die im Volke nichts hinter sich hat, würde an ihrer eigenen Langweiligkeit sterben. Aber man darf und vermehrt sie, wenn man so regiert, daß man Alles gegen sich aufbringt. Es ist, wie Goethe einmal — niedersammetend für dieses redliche Volk — gesagt hat: Wenn man sich im Ganzen vergreift hat, ist alle Mühe im Einzelnen verschwunden. Der unheilvolle und totale Mißgriff der bisherigen Politik ist die Vererbung der gar nicht zu überwindenden Naturwirkung der Freiheit. Die Freiheit ist die Lösung des Problems.

Wie uns ein Privattelegramm meldet, bezeichnet die „Allg. Ztg.“ diese Rede des Professors Reinhold als bedeutende Kundgebung, um in leitenden Kreisen der Stimmung der Nation machtvollen Ausdruck zu verleihen, hoffentlich werde das Wort dieses Patrioten zur Selbstbestimmung einladen. Sache des Bürgerthums sei es, bei den nächsten Wahlen in dem Parlament einen ehrlichen Wall gegen die wirtschaftliche politische Reaktion aufzurichten und von der Volksvertretung heraus eine Grundlage für eine ruhige, stetige Politik zu schaffen; manche Vorbedingungen dazu seien vorhanden. Das deutsche Volk sei genötigt, seine politische Reife zu beweisen, indem es Parlamente wählt, die das Vertrauen des Bürgerthums besitzen.

Deutschland.

Berlin, 16. Juli. Aus Bergen wird berichtet: „Der Kaiser geht herum und trägt eine Binde über dem Auge. Der Kaiser veranlaßt gleich eine direkte telefonische Verbindung mit der „Hörszollern“; er bleibt an Bord. Viele Boote umschwärmten die Kaiserjacht; auf den Molen ist eine große Menschenmenge angesammelt. Zugleich mit der „Hörszollern“ kamen „Gefion“ und ein Torpedoboot an. Die Schiffe geben Sonnabend nach Kiel. Die Fortsetzung der Nordlandreise ist aufgegeben. Die Augenverletzung des Kaisers ist nicht behoben, doch nicht bedenklich.

Ueber die Eröffnungsfeier der Münglener Brücke, die jetzt den Namen Kaiser Wilhelm-Brücke erhalten hat, wird noch Folgendes mitgeteilt: Auf der Fahrt von der Halbinsel nach der Kaiser Wilhelm-Brücke wurden dem Bringen Friedrich Leopold vor der Schule in Kirchdamm-Höhe von dem dortigen Sängerkorps verschiedene Lieder vorgesungen; Pastor Dransfeld hielt eine Begrüßungsansprache. Auf dem ganzen Wege bis Solingen hin bildeten Krieger- und andere Vereine Spalier. In Solingen besichtigte der Prinz die Kaiser Wilhelm-Brücke; er besuchte sodann die Luge „Prinz von Preußen“ zu den drei Schwertern“ und schenkte derselben seine Wille. Bei dem Abends festlichen Festmahl in dem reich geschmückten Kaiserpalast zu Solingen ließ der Prinz zwischen den Ministern Dr. von Miquel und Thielens, gegenüber sich der Bürgermeister Dide von Solingen. Der Vizepräsident des Staatsministeriums Finanzminister Dr. von Miquel hielt die Festrede, die mit einem Hoch auf den Kaiser schloß. In seiner Rede sagte Dr.

Miquel u. A.: Unser deutsches Land sei weder ein reiner Industriestaat, noch ein reiner Agrarstaat. Wenn der Staat gedeihen solle, müssen Industrie, Landwirtschaft und der solide Handel, der beide verbinden solle, da sein. Diese großen Berufsstände sind auf einander angewiesen. Die Industrie Deutschlands sei so stark, daß der Export und der Wettbewerb notwendig sind. Aber auch der innere Absatz müsse nicht vergessen sein. Die Staatsverwaltung dürfe nun unmöglich einseitige Interessen vertreten. Es sei der alte Ruf der Hörszollern ebenso wie über den Parteien, so auch über den Interessen zu stehen. Die Regierung müsse eine Durchschnitslinie festhalten, alle Kräfte müsse sie vereinen. Die Bekämpfung der einzelnen Berufsstände untereinander bedeutet, es dahin zu bringen, daß der Dritte lacht. Gegenwärtig litten am meisten die Landwirtschaft und die Mittelklassen. Die Fürsorge für die einzelnen Berufsstände dürfe nie so weit gehen, die Lebenskräfte der anderen Klassen zu unterbinden. Unsere Zukunft hänge aber auch von der Landwirtschaft ab. Manche Verleumdung, mancher Mißmuth und mancher Mangel an Vertrauen werde jetzt genährt. Wir Allen aber, welche die traurigen Zustände vor 1870 erlebt haben, wissen, was die Wiederrichtung des Reiches gebracht hat. Es sei erst eine kurze Spanne Zeit seit damals verfloßen. Aber hier hätte man am allerwenigsten Ursache, unzufrieden zu sein (Bravo). Der Minister trauerte auf Kaiser und Reich, auf Macht und Ehre, auf Wohlstand und intellektuellen Fortschritt im Reich. Der Minister fügte noch hinzu, er sei von dem Prinzen Friedrich Leopold beauftragt, dessen hoher Befehl über den herzlichen Empfang Ausdruck zu geben, der ihm von allen Klassen der Bevölkerung entgegengebracht worden sei; der Prinz werde dem Kaiser sofort davon Kenntniß geben. Hierauf feierte Bürgermeister Dide — Solingen den Prinzen Friedrich Leopold als den Angehörigen des Kaiserthums und als den Sohn des ruhmreichen Vaters, dessen Tugenden der Weltgeschichte angehören. Auf einen Trinkspruch des Völkervereinigers v. Voßgen trank auf die Minister antwortete Minister Thielens, indem er Allen dankte, die an dem großen Werke mitgearbeitet haben. Minister Dr. v. Miquel toastete noch auf Kaiser und Reich. Deutschland sei ein Staat, in dem Industrie und Landwirtschaft sich verbinden sollten. Abgeordneter v. Gumbert brachte einen Trinkspruch auf das deutsche Volk, Abgeordneter Hagen-Heister trank solchen auf den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Miquel. Das Fest nahm einen sehr schönen Verlauf. Prinz Friedrich Leopold hatte bereits um 7 1/2 Uhr die Festversammlung verlassen, um zu Wagen über Cronenfeld nach Elberfeld zu fahren.

Die „Kreuzzeitg.“ nimmt Partei gegen die Deutschen Oesterreichs in deren Kampf für die Wahrung ihrer Nationalität und der geschäftlichen Stellung des Deutschthums in dem halb-bürgerlichen Reich. Denn darauf kommt es heraus, wenn das Volk der Willigung des Aufstehens der österreichischen Deutschen seitens der liberalen deutschen Presse entgegentritt mit einem Bist aus den „Gamb. Nachr.“, wonach „kein Staat das Recht habe, in die inneren Verhältnisse des Nachbarstaates sich einzumischen“. Eine solche Einmischung des Staates, d. h. der Zeitung des deutschen Reiches, hat nach dem liberalen deutschen Blatt beifällige Antwort. Wir unterbreiten, schreibt dazu die „Nat.-Ztg.“, halten es auch für ganz ungehörig, wenn Reichsdeutsche an politischen Grundgedanken der österreichischen Deutschen auf österreichischem Boden Theil zu nehmen versuchen, und wir bringen die Aufrechterhaltung des Dreibundes in keine Beziehung zu dem Gange der inneren österreichischen Politik. Aber die nachdrückliche Bekundung der Willigung der Sympathie Angesichts des Kampfes der österreichischen Deutschen gegen slawische Unterdrückung ist das gute Recht jedes Deutschen und ist so wenig eine „Einmischung“, wie die Beurtheilung der innerpolitischen Vorgänge irgend eines anderen Landes. Die „Kreuzzeitg.“ verurtheilt diese Beurtheilung der jetzigen inneren Kämpfe Oesterreichs auf die kleinlichste parteilichste Weise. Beweggründe zurückzuführen; sie beweist dadurch nur, wie wenig sie ihre Parteipolitik für die Politik Baden ist; die „Kreuzzeitg.“ fügt sich folgerichtig mit dem feindlichen Großgrundbesitz Oesterreichs, dem — anders als den verfassungstreuen Bundesgenossen — seine eigene Machtstellung wichtiger ist, als seine deutsche Nationalität. Ja, wenn die in Oesterreich unterdrückten Deutschen wenigstens Balle wären, da fände die „Kreuzzeitg.“ doch ein feindliches Junkturthum, für das einzutreten wäre. Da würde ihr — die Haltung des Blattes in den achtziger Jahren hat es bewiesen — die Einmischung in fremde politische Angelegenheiten, sogar bis zu dem „ruchlosen“ Beginnen einer Kriegspolitik, nicht unzulässig erscheinen.

Der Plan einer geistlichen Neuordnung des Fideikommisswesens ist nicht, wie es nach neuerlich von der Presse gebachten Mittheilungen den Anschein gewinnen könnte, neu. Schon bei Verabreichung der sowohl im Abgeordnetenhaus als namentlich auch im Herrenhaus gestellten Anträge auf Herabsetzung des Fideikommissstempels von 3 Prozent ist seitens der Staatsregierung, insbesondere von dem Herrn Finanzminister, die Nothwendigkeit betont worden, bevor ein Entschluß über die Höhe des Fideikommissstempels gefaßt wird, zuerst die zum Theil durchaus veraltete und jedenfalls dem Bedürfnisse unserer Zeit nicht mehr entsprechende Gesetzgebung über die Fideikommiss zu revidieren. Und zwar ist als Ziel dieser Neuordnung damals bezeichnet worden, daß wenn die Errichtung wirtschaftlich und sozial nützlicher Fideikommiss zu erleichtern ist, umgekehrt auch ein wirksamer Niegel gegen Fideikommissbildungen vorgeschoben werden kann, welche dem öffentlichen Interesse zuwiderlaufen, sei es aus allgemeinen sozialen oder wirtschaftlichen Gründen, sei es mit Rücksicht auf die Vertheilung des Grundbesitzes in bestimmten Landstheilen. Wenn so bei der Errichtung von Fideikommissen nicht mehr ausschließlich private Rücksichten maßgebend sein sollen, sondern auch das öffentliche Interesse mit in Betracht kommen soll, so wird naturgemäß bei der Bildung und Errichtung von Fideikommiss für die Mitwirkung von zur Wahrung des öffentlichen Interesses berufenen und geeigneten Organen des Staates Fürsorge zu treffen sein.

Die Bedeutung der preussischen Staatsbahnen für die Finanzen des Staates erblickt

aus der Thatfache, daß die Eisenbahneinnahmen, welche 889 488 579 Mark im Jahre 1890—91 betrugen, bis auf 1 039 420 046 Mark im Jahre 1895—96 gestiegen waren und im Jahre 1896—97 den Staatsanfang von 1 020 592 400 Mark sehr erheblich überstiegen haben, für das laufende Rechnungsjahr etatsmäßig auf 1 110 210 850 Mark veranschlagt sind, während sämtliche Einnahmen des Staates den Betrag von 2 Milliarden Mark nur unwesentlich übersteigen. Mehr als die Hälfte der sämtlichen Staatseinnahmen wird daher jetzt von den Eisenbahnen aufgebracht.

Die direkten und indirekten Steuern figurieren in dem Etat mit zusammen 234,5 Millionen Mark, die Berg- und Hüttenverwaltung mit 127, Domänen und Forsten mit rund 91 Millionen Mark, also rund 21 Prozent, etwas über 11 und 8 Prozent der Einnahme aus den Eisenbahnen.

Noch deutlicher wird die große finanzielle Bedeutung der Staatsbahnen, wenn man den sogenannten Netto-Etat der Betrachtung zu Grunde legt.

Der Ueberschuß der Eisenbahnen ist in dem laufenden Etat, wenn man auch die einmaligen Ausgaben mit 48 Millionen von den Einnahmen abzieht, auf rund 436 Millionen Mark veranschlagt. Von diesem Ueberschuß ist zunächst die Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnkapitalien (Jahrl mit rund 191 und 26, zusammen rund 217 Millionen Mark zu befreiten. Die Eisenbahnen liefern daher zur Deckung des Bedarfs anderer Ressorts nicht weniger als 219 Millionen Mark. Der ganze Bedarf zur Befriedigung dieser Ausgaben befreit sich aber netto auf 480 Millionen Mark, die Eisenbahnen liefern mithin neben den Mitteln zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschulden beinahe 46 Prozent des Nettobedarfes für die Ausgaben aller anderen Zweige der Staatsverwaltung.

Bei der vorsichtigen Veranschlagung der Eisenbahneinnahmen pflegt, von einzelnen Ausgaben abgesehen, der Antheil der Eisenbahnen an der Deckung des Staatsbedarfes sich in Wirklichkeit noch höher zu stellen, als im Etat vorgesehen ist.

In dem letzten abgeschlossenen Jahre 1896—97 sollten z. B. die Eisenbahnen zu dem Nettobedarf der anderen Ressorts mit 440 Millionen Mark nach Deckung des Bedarfs für die Eisenbahnkapitalien mit nicht voll 224 Millionen Mark rund 174 Millionen beitragen. Dabei war der Eisenbahn-Ueberschuß zu 438 Millionen Mark angenommen worden. In Wirklichkeit beträgt er aber rund 500 Millionen Mark, jedoch 230 bis 240 Millionen Mark von dem Eisenbahn-Ueberschuß für allgemeine Staatszwecke verfügbar bleiben. Selbst nach Spaltung des Dispositionsfonds der Eisenbahnverwaltung mit 20 Millionen Mark konnte daher im letzten Jahre ungefähr die Hälfte des Nettobedarfes für die gesamten Ausgaben der übrigen Ressorts dem Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung entnommen werden und, wenn der Gesamtüberschuß des Jahres 1896—97 auf mehr als 100 Millionen angegeben wird, so entfällt davon die größere Hälfte auf den Mehrüberschuß, welchen die Eisenbahnverwaltung über den Etat geliefert hat.

Die Erhaltung des Deutschthums im Auslande hat sich der deutsche Schulverein zur Aufgabe gestellt. Man betrachtet deutsche Kultur, deutschen Sinn als ideale Güter, die im Kampfe mit fremder Kultur zu schützen ein verdienstvolles Werk von nationaler, wie allgemeiner kultureller Bedeutung ist. Nur mit lebhafter Zustimmung kann man einem solchen Streben sich anschließen, und der in diesen Tagen erlassene Aufruf des deutschen Schulvereins zum Beitritt sollte überall befolgt werden. Was nun die Thätigkeit des Vereins und die Haltung der mit ihm sympathisierenden Presse betrifft, so ist diese eine durchaus unpolitische, so lange es gilt, den Deutschen im Auslande Stärkung und Ermuthigung zu gewähren im Kampfe gegen fremde Nationalitäten. In dem Augenblicke hört das aber auf, wo, wie zur Zeit in Oesterreich-Ungarn, die Regierung des Staates, dessen Unterthanen die bedrückten Deutschen sind, selbst in die Bekämpfung des Deutschthums eintritt. Von solchem Moment an empfiehlt sich doch eine gewisse Vorsicht, damit die Aeußerungen u. s. w. nicht zu einer Einmischung in die innere Politik eines fremden Staates werden, und die Zurückhaltung wird zur Pflicht eines politisch geschulten Volkes, sofern es sich, wie jetzt, um einen Staat handelt, zu dem das deutsche Reich in einem Bündnisverhältnis steht. Die höchsten gleichzeitig idealen wie realen Güter eines Volkes sind seine Unabhängigkeit und sein Ansehen nach außen. Erst wenn deren Wahrung nach Möglichkeit gesichert ist, kann man an die Verfolgung rein idealer Ziele, wie der Erhaltung des Deutschthums im Auslande, denken. Ich meine, man soll über der Sorge für die Deutschen im Auslande nicht die sehr realen Bedürfnisse des deutschen Reiches vergessen. In dieser Beziehung kann man die zu Worte gekommenen Bekundungen vor dem slavischen Ansturm und die weiter dargelegte Auffassung nicht theilen; dieser Ansturm mag das Deutschthum in Oesterreich zertrümmern, an unseren Grenzen muß er sich legen, so lange eine ihrer nationalen Aufgaben bewußte Regierung im deutschen Reich herrscht. Man müßte vom nationalen Standpunkt ein solches Ende tief beklagen und unter Umständen doch an dem Bündnis mit Oesterreich festhalten. Denn für unsere Beziehungen zu auswärtigen Staaten können einzig und allein nüchterne Erwägungen der Zweckmäßigkeit in Betracht kommen. Wer uns die meisten Chancen für Krieg und Frieden bietet, muß unser Bundesgenosse sein, der, dessen Freundschaft die Regierung am besten in ihrer Aufgabe unterstützen kann, die Unabhängigkeit und das Ansehen des deutschen Reiches unter allen Umständen zu wahren. Ob und mit wem derartige Beziehungen anzuknüpfen seien, muß der mit den einschlägigen Verhältnissen einzig und allein vertrauten Regierung überlassen bleiben. Sie muß das ihr vortheilhaft erscheinende Bündnis unterhalten, unbekümmert darum, ob es dabei die öffentliche Meinung Deutschlands hinter sich hat oder nicht und eben so unbekümmert um den eventuellen Groll irgend eines durch das Bündnis tangirten anderen Staates. Man sollte ganz besonders vorsichtig mit Aeußerungen über unser Bundesverhältnis in der Öffentlichkeit sein, zu einer Zeit, in der sich Verleumdungen in der

Konstellation der Mächte vorzubereiten scheinen. Man sollte in solcher Zeit der besseren Kenntniß und Erkenntniß der Regierung in auswärtigen Dingen vertrauen, und vermeiden, ihr event. Schwierigkeiten aus den z. Z. noch bestehenden Bündnisverträgen zu bereiten, über die hinweg sie vielleicht schon nach neuen Wegen für die Zukunft forschet. Dann aber handelt es sich um Lebensinteressen des deutschen Reichs und dem gegenüber kann doch das Deutschthum im Auslande und seine Erhaltung nur eine untergeordnete Bedeutung in Anspruch nehmen.

Ueber eine Denkmalsenthüllung in Deutsch-Südwestafrika entnehmen wir dem „Kol. Bl.“ Folgendes: Unter reger Theilnahme der beiden Bevölkerung Windhoeks und verschiedener Deputationen aus allen Theilen des Schutzgebietes, denen sich die eingeborenen Gafre, Kapitan von Wyl und Oberhauptling Samuel Maharezo mit Gefolge, angeschlossen hatten, wurde am 5. April d. J. unter klingendem Spiel und dem Donner der Geschütze das Denkmal für die in den Witbooi-Kriegen gefallenen Heiden feierlich enthüllt. Nach vorangegangener feierlicher Feier durch die Geistlichen hebräischer Konfessionen ergriß der kaiserliche Landesheuptmann Major Reutwein das Wort zur Festrede. In markiger Weise führte er die Einzelheiten jenes Feldzuges vor Augen, gab seiner Anerkennung der Leistungen der Kruppe den lebhaftesten Ausdruck und ermahnte schließlich die anwesende Garnison, es den Gefallenen gleich zu thun in treuer Pflichterfüllung. Nun wandte sich der Redner an die Bürgerchaft Windhoeks, dankte dieser für ihre thätige Mittheilung zum Zustandekommen des Denkmals, übergab es ihrer Obhut und Pflege, und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß in der Kolonie auch fernherhin unser gemeinsames Vaterland den Ehrenplatz in aller Herzen einnehmen werde. In das Hoch auf den Kaiser stimmte die ganze Versammlung begeistert ein. Mit einem Paradezug am Denkmal vorbei schloß die Feier. Inmitten einer geschmackvoll arrangirten Anlage an der Hauptstraße Windhoeks aufgestellt, bildet das Denkmal eine Zierde des Platzes. Es hat die Form eines Obelisks und wird von einem goldenen Adler gekrönt. Die Vorderansicht zeigt gekrenzte Schwerter, die einen Lorbeerzweig durchqueren, sowie die Widmung: „Den Unsterblichen der im Witbooi-Feldzuge gefallenen deutschen Soldaten.“ Auf den drei übrigen Seitenflächen sind die Namen der Gefallen, sowie der Ort und Tag ihres Todes verzeichnet. Es sind 2 Offiziere, 24 Mann und 5 Bataillonssoldaten.

Die „Allg. Ab.-Ztg.“ bringt folgende Auslassung: „Am 27. April erschien in der „Allg. Ab.-Ztg.“ ein Artikel, betitelt: „Nachträgliche zur Zentenarfeier“, der das größte Aufsehen erregte; schilderte er doch unter anderm ein Vorkommniß in einer Allgauer Dorfschule ausläßlich der Zentenarfeier, das fast unglaublich schien. Der Vorgang wurde bereits näher in der Presse besprochen — selbst im preussischen Abgeordnetenhaus wurde dessen Gedacht —, er sei daher nur kurz wiederholt: Nach der das Andenken unseres Heidenkaiser's ehrenden Rede des Lehrers erhob sich ein 13jähriger Schulknabe und fragte: „Ich möchte wissen, warum man in Baiern überall zu Ehren des Kaisers Wilhelm ein Fremdenfest feiert und er hat doch so viel Unheil über unser Vaterland gebracht.“ Auf die Frage des Schulknabens: „Was weißt Du für ein Unglück?“ fragte das Mädchen die ihm von diesem selbst eingeleiteten Säge her, die das über Baiern gebrachte Unglück näher begründen sollten. Doch damit allein war der Herr Schulinspektor nicht zufrieden, er ergriß selbst das Wort, bekräftigte die Ausführungen des Mädchens und fügte bei: „Wenn König Ludwig noch regieren würde, wären wir heute zu Ehren des Kaisers Wilhelm nicht zusammengekommen“ u. s. w. Diese unerhörte Verhöhnung einer von unserem Prinzregenten angeordneten Feiertage seitens eines staatlichen Funktionärs ausübenden Pfarrers fand statt in Petershof, Bezirksamt Sonthofen. Die Sache wäre wohl nie in die Öffentlichkeit gedrungen, wenn nicht ultramontaner Uebermuth durch die Bekanntmachung in der „Allg.“ selbst dafür gefordert hätte. Es ist bezeichnend, daß man ultramontanerlei glaubt, sich ungefragt alles erlauben zu dürfen. Ob man sich diesmal nicht getäuscht hat?“

Zur Verabschiedung des Staatssekretärs Freiherrn von Marschall schreibt die „Allg. Ab.-Ztg.“: „Neuerdings hat sich ein Streit darüber erhoben, ob Freiherr von Marschall ein Abschiedsgeld eingekassiert habe oder nicht. Wenn insbesondere gefragt wird, in einem Sammler-Blatte jünger aufgetauchte Nachricht, daß Freiherr von Marschall bereits in der Audienz, die er vor seiner Abreise bei dem Kaiser gehabt, um seine Entlassung nachgesucht habe, den Thatfachen nicht entspreche, so können wir dies unsererseits durchaus bestätigen. Freiherr von Marschall bemerkte allerdings am Schluß seines Vortrages, daß, wenn er nicht mehr das allerhöchste Vertrauen besitzen sollte, er gern seine Entlassung einreichen werde. Da aber hierauf keine Versicherung des Kaisers erfolgte, die der Staatssekretär Freiherr v. Marschall aufpassen zu müssen glaubte, daß er das Vertrauen des Monarchen nicht nach wie vor bestesse, so reiste er von hier ab in der sicheren Erwartung, nach Beendigung seines dreimonatigen Urlaubs auf seinem Posten zurückkehren zu können.“

Aus Kiel, 15. Juli, wird der „Boll. Ztg.“ geschrieben: In den „Mitt.“ aus dem Geb. des Seew. befindet sich eine werthvolle Darstellung über die französischen Flottenmanöver des vorigen Jahres. In Frankreich sucht man jetzt auch die großen Seetragübungen mit dem Scheiter des Geheimnisses zu umhüllen, man will verhindern, daß Angehörige fremder Kriegsmarinen einen tiefergehenden Einblick in das Getriebe des Dienstes bei der französischen Flotte gewinnen. Nichtsdestoweniger ist ein Oesterreichischer Offizier, dem Vizekonsulanten Markschell, gelungen, die wichtigsten Thatfachen festzustellen und einige Schlüsse daraus zu ziehen. Wie herkömmlich, waren sowohl das Mittelmeer wie auch die den nördlichen Küsten vorgelagerten Gewässer Schauplatz von Übungen. Die Manöver an der Südküste Frankreichs, entwerfend der herrschenden Anschauung, die dahin

den Schwerpunkt der Marine verlegt, waren in ungleich größerem Stile angelegt. Aus den Bemerkungen des Vizekonsulanten Markschell ist zunächst der Punkt hervorzuheben, daß von dem Oesterreichischen Flottenmanöver zur Mobilmachung des Hochseetorpedoboots abgegeben wurden, die dadurch auf den Kriegsschiffen entstandenen Lücken wurden durch Reservisten gedeckt. Ferner ist zu erwähnen, daß dem Kampfe von Schiffen gegen Befestigungen bei Mandern im Norden kein Platz eingeräumt war, während solche Operationen im Süden eine bedeutende Rolle spielten. Während im Allgemeinen die Übungen im Mittelmeer die französische Flotte in die Rolle des Angreifers legten, wurden im Norden die Übungen den Zwecken einer Vertheidigung angepaßt, was mit der Auffassung vollkommen übereinstimmt, die man in Frankreich über die Zwecke der Kriegsmarine hegt. Der Apparat der Küstenvertheidigung, der in volle Thätigkeit getreten war, hat zur Zufriedenheit funktioniert. Die Übungen der Signalkationen waren schnell und sicher, die Beobachtungsstationen wohl geeignet, bei dem eingelegten Fahrwasser eine größere Anzahl von Kreuzern zu erfassen. Bei den Übungen war auch eine selbstständige Torpedoflotte gebildet, die wurde auch im Kreuzerdienst verwendet, damit aber ihrer Hauptaufgabe, dem Torpedoboot angriff, entsagten. Was das Verhalten der Schiffsjungen betrifft, so geht aus Aeußerungen des Admirals de Courville hervor, daß im Kanal der Unterseite in der Seefähigkeit der Hochseetorpedoboots und der Torpedoboots erster Klasse sehr stark hervorgetreten ist.

Beipzig, 16. Juli. Das „Leipziger Tageblatt“ meldet: 816 öffentliche Professoren der deutschen Universitäten erlassen folgende Kundgebung:

„In dem großen und schweren Kampfe, den heute die Deutschen Oesterreichs um ihre nationale Existenz und ihre berechtigte Stellung in der alten, von ihnen geschaffen und in erster Linie durch ihre Kraft erhaltenen Kaiserthum Monarchie zu kämpfen gezwungen sind, hat die Prager Universität, die älteste deutsche Junge mannschaft das Wort ergriffen, um auf geistlichem Wege die großen Gefahren zu betonen, welche ihr, der uralten Stätte deutscher Wissenschaft, und dem ganzen deutschen Volkthum in Böhmen und Mähren drohen. Die unterzeichneten öffentlichen Professoren der Universitäten des deutschen Reiches brüden den Kollegen der erwirbigen österreichischen Schwester-Universität ihre warmsten und lebhaftesten Sympathien zu ihrem Vorgehen aus und geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß Millionen nationalgesinnter Bürger des deutschen Reiches mit ihnen in diesen Gefühlen sich vereinigen.“

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. Juli. Das „Fremdenblatt“ ist zu der Feststellung ermächtigt, daß alle seit einiger Zeit in den Blättern verbreiteten Gerüchte über eine Ministerkrise, sowie über einen Meinungswechsel unter den Mitgliedern des Kabinetts vollkommen grundlos sind. Die Regierung müsse an der Anschauung festhalten, daß es ihre Aufgabe sei, trotz der bisherigen Erfahrungen auf dem ihr geeignet scheinenden Wege und mit ungemindertem Eifer der geschilderten Regelung der nationalen Verhältnisse in Böhmen zuzustreben, in so spärlichem Ausmaße ihr auch die Parteien bisher hierzu beihilflich gewesen seien.

Wien, 16. Juli. Aus Wien wird gemeldet, daß die Bevölkerung wiederum gegen die Dynastie gereizt sei. Der Grund hierzu liegt jetzt hauptsächlich in der Ungleichheit der Beamten, deren Gehälter auf die Hälfte reduziert wurden. In eingeweihten Kreisen bezeichnet man das unzulässige Gerücht, der König wolle abdanken, als unwahr; Legation sei fest entschlossen, gerade unter den obwaltenden Umständen den Thron nicht aufzugeben, dagegen bekannt man nicht, daß sich die Lage, falls nicht bald der Frieden ohne zu schwere Bedingungen für Griechenland geschlossen würde, in einer Weise verschlechtern müßte, daß schwere innere Konflikte nicht zu vermeiden sein würden.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. Die radikale Opposition hätte sich das heutige Nationalfest gar zu gern durch eine Ministerkrise, eine gründliche Regierungskrise gewürzt, und wenig fehlte, so wäre es ihr dank dem Willen einiger Konservativen gelungen. Aber das Kabinett konnte sich noch an der Klemme ziehen, und es fragte sich nur, für wie lange. Seine erbittertesten Gegner möchten Herrn Meine und dessen Kollegen noch vor Schluß dieser Session zu Boden werfen und künden für die nächsten Tage neue Anstrengungen an, deren Erfolg aber zweifelhaft ist; denn abgesehen davon, daß die Freunde der Regierung gewarnt sind, halten manche Radikale dafür, es wäre unklug, einen Kabinettswechsel vor der Reife des Präsidenten der Republik, den der Minister des Aeußeren Danatou begleitet soll, eintreten zu lassen. Man sagt, ein neues Gesicht zu sehen, könnte dem Herrn Meine und dem Danatou einem Ministerium Bourgeois-Goblet oder ähnlich nicht annehmbar möchte, gilt für gewiss. So scheinen die Hoffnungen auf eine baldige Krise unberechtigt zu sein, aber das läßt sich nicht bestritten, daß die Stimmengabe in der vorgelagerten Kammerung, in der das Ministerium thätigsteht über die Hälfte der republikanischen Abgeordneten gegen sich hatte, den Muth seiner Gegner gekräftigt und ihnen die feste Zuversicht eingebläht hat, sie werden es fertig bringen, ihn vor den nächsten Neuwahlen die Thron zu weihen. Darauf kommt es hauptsächlich an, und weil Jedermann hieron überzeugt ist, werden die Republikaner und die Radikalen, welche es für ein Unglück halten, wenn ein radikales Kabinett die sozialistische Richtung im Lande begünstigen dürfte, sich wieder sammeln und einer neuen Ueberwindung zuvorzukommen wissen. Dies wird um so leichter sein, als die letzte einer Begriffsverwirrung über die Steuerreform entsprang, an der Finanzminister Goblet schuld war, und nicht einer Schwankung der gouvernementalen Gruppen. Die Regierungsbücher, die sich in diesem Sinne äußern, werden der Selbstüberhebung bezüglich, allein mit Unrecht, da sie die Lage klar überblicken und sich keinen Illusionen über die Unmöglichkeit der konservativen Elemente hingeben, andererseits jedoch auf deren Zusammenhalten mit den gemäßigten Republikanern gegen den gemeinsamen Feind, den Kollektivismus, zu zählen allen Grund haben.

3. Sud er. (Vormittagsbericht.) **Wien-Mohand.**
1. Produkt **Wass** 88 pCt. **Reisendene neue Usanek**
frei an **Werb** **Hamburg** per **Julii** 8,37 1/2, per
August 8,45, per **September** 8,50, per **October**
8,60, per **December** 8,70, per **März** 8,90
Watt.
Bremen. 16. **Julii.** **Baumwolle** ruhig, 41,20,
Petroleum **Schwach**, 5,15 **B.**
Wien. 16. **Julii.** **Getreidemarkt.**
Weizen per **Herbst** 9,01 **G.**, 9,02 **B.**, per **Früh-**
jahr — **G.** — **B.** **Roggen** per **Herbst**
7,29 **G.**, 7,30 **B.**, per **Frühjahr** — **G.** —
— **B.** **Weis** per **Junii-Julii** 4,44 **G.**, 4,46
B., per **September-October** 4,58 **G.**, 4,59 **B.**,
Hafer per **Herbst** 5,92 **G.**, 5,94 **B.**, per **Früh-**
jahr — **G.** — **B.**
Pest. 16. **Julii.** **Vorm.** 11 **Uhr.** **Pro-**
duktenmarkt. **Weizen** **losto** **feiter**, per **Herbst**
8,93 **G.**, 8,94 **B.** **Roggen** per **Herbst** 7,08 **G.**
7,10 **B.** **Hafer** per **Herbst** 4,15 **G.**, 4,17 **B.**
Weis per **Julii-August** 5,55 **G.**, 5,57 **B.**, per
August-September 4,08 **G.**, 4,09 **B.** **Kaps**
per **August-September** 12,60 **G.**, 12,65 **B.**
Petersburg. 16. **Julii.** **Weizen** **losto** 9,10,
Roggen **losto** 5,50, **Hafer** **losto** 3,70—3,90, **Wein-**
saat **losto** 9,50, **Kans** **losto** —, **Salz** **losto** —
— **do.** per **August** —, — **Wetter:**
Stich.

Telegraphische Depeschen.

iger Seite als unrichtig bezeichnet.
 — Geheimrath Professor Dr. Koch ist gestern in Dares-Salaam eingetroffen.
 — Der außerordentliche chinesische Gesandte Chang machte gestern Nachmittag im Auswärtigen Amte einen Besuch.
 — Der „L.-M.“ meldet aus Friedrichsruh, daß das Befinden des Fürsten Bismarck gut ist. Er macht täglich Ausfahrten, wobei allgemein ein gutes und frisches Aussehen auffällt.
 Graf Herbert Bismarck wird mit seiner Familie zu längerem Besuche in Friedrichsruh erwartet.
 — Wie aus Willden gemeldet wird, reist heute Herzog Karl Theodor in Bayern nach Tegernsee und trifft am Sonntag in Kiel ein, um dort das verleihte Auge des Kaisers zu untersuchen.
Wien, 16. Juli. Entgegen der Meldung, daß die Candidatur Droz' nur von Frankreich und England ernstlich unterstützt werde und daß man in letzter Zeit auch in Paris Skepsis geworden sei, telegraphirt der Berner Correspondent, der „N. Fr. Pr.“, welcher eine Unterredung mit Droz hatte, daß im Ganzen die Situation keine Aenderung erfahren habe, Rußland sich sogar dieser Candidatur gegenüber jetzt wohlwollender geigte.
 Die Abreise des Grafen Soluchowski nach Paris erfolgt am 20. Juli. Der Graf begiebt sich von dort in ein französisches Bad.
 Das Ministerium des Innern entzog der in Dresden erscheinenden „Dziwna Wieś“ die

Paris, 16. Juli. Prinz Louis Napoleon wird seinen Urlaub in Italien verbringen.

Turin, 16. Juli. Nach einer Mittheilung der „Gazetta piemontese“ begiebt sich der Prinz Danilo von Montenegro Mitte August nach Petersburg, um sich mit der Kaiserin bez. deren

Großfürstin Olga Alexandrowna zu verloben.
Es handelte sich, wie man sagt, um eine Liebes-
heirath, für welche sich der Kronprinz von Italien
verwendet hat.

Petersburg, 16. Juli. In Tschelapinsk
brannte eine Baracke für Auswanderer ab, in

Welcher noch 300 Personen befanden. Sechs Aus-
wanderer kamen in den Flammen um.

Wetterausflüchten
für Sonnabend, den 17. Juli.
Zeitweise heiter, vielfach wolzig mit etwas
Regen, schwachen nordwestlichen Winden und
wenig veränderter Temperatur.

Wasserstand.

Am 15. Juli. Elbe bei Ruffa — 0,30
Meter. — Elbe bei Dresden — 1,40 Meter.
— Elbe bei Magdeburg + 0,97 Meter.
— Instrut bei Straßfurt + 1,10 Meter. —
Oder bei Ratibor + 1,24 Meter. — Oder bei
Dreslau Oberpegel + 4,80 Meter. Unter-
pegel — 0,40 Meter. — Oder bei Freyburg

Seide mit 25 % Rabatt! Bestfärbte
Seidens,
Farben und Qualitäten in: Seiden-Damasten, bedruckte,
Doppelt-Seide, glatter, gestreifter, farrierter Seide,
Seide u. porto- und steuerfrei in
Seiden-Mustern umgeben.
Seiden-Fabriken **G. Henneberg** (k. u. k. Hofl.) Zürich.

[illegible]

